

Kaum ein Konflikt ist schwerer zu durchschauen als der zwischen Israelis und Palästinensern. Er begann vor über 100 Jahren mit zwei Nationalbewegungen, die dasselbe Stückchen Erde beanspruchten.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

Berlin – 1952 erhielt Albert Einstein das Angebot, Präsident des Staates Israel zu werden. Der berühmteste Jude der Moderne sagte sofort Nein. Zwar war der vor den Nazis in die USA geflohene Physiker ein entschiedener Unterstützer des israelischen Staates, doch zugleich blieb es seine Überzeugung, dass Israelis und Palästinenser nur gemeinsam glücklich werden konnten: „Ohne Verständigung und Zusammenarbeit mit den Arabern wird es nicht gehen.“ Das aber, so befürchtete er, würde auch er nicht bewerkstelligen können.

Der Nahost-Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gilt als eine der langwierigsten und kompliziertesten Auseinandersetzungen der Welt. Um ihn zu verstehen, müsse man bis vor den Ersten Weltkrieg zurückgehen, bis zur Zeit der Gründung der zionistischen Bewegung, erläutert der israelische Historiker Moshe Zimmermann. Für



Ein Bild aus hoffungsvollen Tagen: Der israelische Präsident Jitzchak Rabin (links) und PLO-Chef Yassir Arafat (rechts) reichen sich 1994 die Hand anlässlich der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton. Das Abkommen war Teil des Osloer Friedensprozesses.

FOTO: IMAGO



In Tel Aviv wurde 1948 die israelische Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet (Bild links). David Ben-Gurion (links) wurde der erste Ministerpräsident. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 eroberte Israel unter anderem das Westjordanland und den Gazastreifen.

FOTOS: DPA/IMAGO



eine solche veränderte Haltung Ende der 1980er Jahre in Teilen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) durchzusetzen begann, vermittelten die USA Friedensgespräche. Es war wie ein Wunder, als der israelische Ministerpräsident Itzhak Rabin und PLO-Chef Jassir Arafat 1993 den Osloer Friedensvertrag schlossen und sich vor dem Weißen Haus in Washington die Hand reichten. Moshe Zimmermann (79) erinnert sich: „Ich persönlich kann sagen, diese Aufbruchsstimmung war damals sowohl auf israelischer wie auf palästinensischer Seite spürbar.“

■ Enttäuschungen

Warum aber kam es dann doch nicht zu einer Zwei-Staaten-Lösung? Fest steht, dass es auf beiden Seiten dezidierte Gegner des Friedensprozesses gab und gibt. „Die Hamas, aber auch andere palästinensische Gruppen, haben den Friedensprozess durch Selbstmordattentate auf die israelische Zivilbevölkerung sabotiert“, sagt Busse. „Auf israelischer Seite hat sich die Zahl der Siedler im Westjordanland zwischen 1993 und 2000 nahezu verdoppelt – das war natürlich auch keine vertrauensbildende Maßnahme.“ Ein schwerer Rückschlag war die Ermordung Rabins durch einen jüdischen Fanatiker 1995.

Als einen Konstruktions-

die Zionisten bildeten die Juden nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern eine Nation.

■ Nationalismus

Dieses Denken lag ganz im Trend der damaligen Zeit, der Hochphase des Nationalismus. Es war aber auch eine Reaktion auf jahrhundertelange Verfolgung und Pogrome. Sehnsuchtsort der Zionisten war Palästina, Heimat des biblischen Volkes Israel bis zur Vertreibung durch die Römer im Jahr 70 nach Christus. Auch danach lebten in der Region immer auch Juden, die Mehrheit der Bevölkerung war aber arabisch. Während nun ab Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr Juden nach Palästina emigrierten, bildete sich parallel dazu ein arabischer und später palästinensischer Nationalismus heraus. „Nur vor dem Hintergrund dieser beiden nationalistischen Bewegungen kann man überhaupt von einem Konflikt sprechen“, betont der Politikwissenschaftler und Buchautor

tigen. Die Briten hätten nun zunächst darauf gesetzt, beide Nationalbewegungen in einem Staat unter ihrer Führung unterzubringen, erläutert Peter Lintl, Nahost-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Als sich das wegen zunehmender Gewalt als unrealistisch herausgestellt habe, habe London auf eine Zwei-Staaten-Lösung gesetzt.

■ Folgen des Holocausts

Die Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden durch die Nazis verstärkte insbesondere in den westlichen Demokratien die Überzeugung, dass die Juden ein Recht auf einen Schutzraum hatten – einen eigenen Staat. 1947 legte die UN-Vollversammlung fest, dass Palästina aufgeteilt werden sollte: in Israel für die Juden und Palästina für die Araber.

Daraufhin gründeten die Juden 1948 den Staat Israel. Die arabische Seite lehnte den Teilungsplan ab. Diese Entscheidung wird den Paläs-

Israel hat offenbar erwartete Bodenoffensive in Gaza begonnen

Israel hat seine erwartete Bodenoffensive im Gazastreifen nach Worten des jordanischen Außenministers Aiman Safadi in der Nacht begonnen. „Israel hat gerade einen Bodenkrieg gegen Gaza gestartet“, schrieb Safadi am späten Freitagabend bei X. „Das Ergebnis wird eine humanitäre Katastrophe von epischem Ausmaß über Jahre sein.“

Israels Armee hatte am Freitagabend angekündigt, ihre Bodeneinsätze im Gazastreifen gegen die islamistische Hamas auszuweiten. In den letzten Stunden habe das Militär seine Angriffe im Gazastreifen bereits verstärkt, teilte Militärsprecher Daniel Hagari bei X mit. Es würden vermehrt unterirdische Ziele und terroristische Infrastruktur angegriffen.

Die israelische Armee griff nach eigenen Angaben binnen 24 Stunden mehr als 250

Ziele im Gazastreifen an. Darunter seien Tunnel der islamistischen Hamas sowie Kommandozentren und Raketenabschussrampen gewesen, teilte die Armee am Freitag mit. „Dutzende“ Hamas-Mitglieder seien bei den Attacken getroffen worden. Auch ein ranghoher Hamas-Befehlshaber sei getötet worden. Die Forderung der Staats- und Regierungschefs der EU vom Donnerstagabend nach „humanitären Korridoren und Pausen für humanitäre Zwecke“ im Gazastreifen wies Israel zurück. Die Zahl der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln ist höher als bisher von Israel angenommen.

Man habe bis Freitag die Familien von 229 Geiseln informiert, sagte der israelische Armeesprecher Daniel Hagari. Das waren fünf mehr als noch am Vortag. dpa

„Der UN-Teilungsplan sprach einem jüdischen Staat 56 Prozent des Mandatsgebiets zu, obwohl die jüdische Bevölkerung nur 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Von daher erscheint er aus arabischer Perspektive tatsächlich unausgewogen.“

■ Kriege und Vertreibungen

Israels erklärten die Nachbarn Ägypten, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien dem jungen Staat den Krieg – doch sie verloren. Israel eroberte drei Viertel des ehemaligen Britisch-Palästina. Die Araber hielten nur noch den Gazastreifen, das Westjordanland und Ost-Jerusalem.

floh daraufhin mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung aus den von Israel eroberten Gebieten, etwa 700 000 Menschen. Ein Teil von ihnen wurde auch dort hin vertrieben, wie neuere Archivuntersuchungen israelischer Historiker gezeigt haben.

fehler des Oslo-Friedensprozesses sieht Busse zudem, dass zentrale Streitfragen – der Status von Jerusalem, die Siedlungen, die Flüchtlinge und insbesondere die Gebietsfrage – ausgespart wurden. Sie sollten in den fünf Folgejahren gelöst werden – das aber gelang nicht. „Da hätte es eine intensivere internationale Einmischung mit klaren Vorgaben geben müssen“, meint Busse.

■ Perspektiven

Inzwischen ist das Vertrauen in die jeweils andere Seite kollabiert. „Die Zustimmung für eine Zwei-Staaten-Lösung liegt derzeit auf beiden Seiten nur noch bei höchstens einem Drittel“, sagt Politikwissenschaftler Lintl. „Gleichzeitig erhalten die Maximalpositionen auf beiden Seiten immer mehr Unterstützung. Auf palästinensischer Seite heißt es jetzt vielfach ‚From the river to the sea‘, was soviel bedeutet wie ‚Alles Land für die Palästinenser‘. Und auf israelischer Seite ist es so, dass der erste Satz des Koaliti-

Jan Busse von der Universität der Bundeswehr München. „Die beiden Gruppen haben vorher jahrhundertlang im Osmanischen Reich, einem multiethnischen Imperium, friedlich zusammengelebt. Es wäre fatal zu behaupten, dass es ein Jahrtausende alter Konflikt ist. Es ist ein moderner Konflikt, der zwischen zwei Gruppen stattfindet, die beide einen unabhängigen Staat gründen wollen und dies ungünstigerweise auf demselben Territorium.“

■ Britische Versprechen

Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Palästina Großbritannien zu. Schon 1917 hatte sich die Regierung in London dazu bekannt, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ für die Juden zu schaffen.

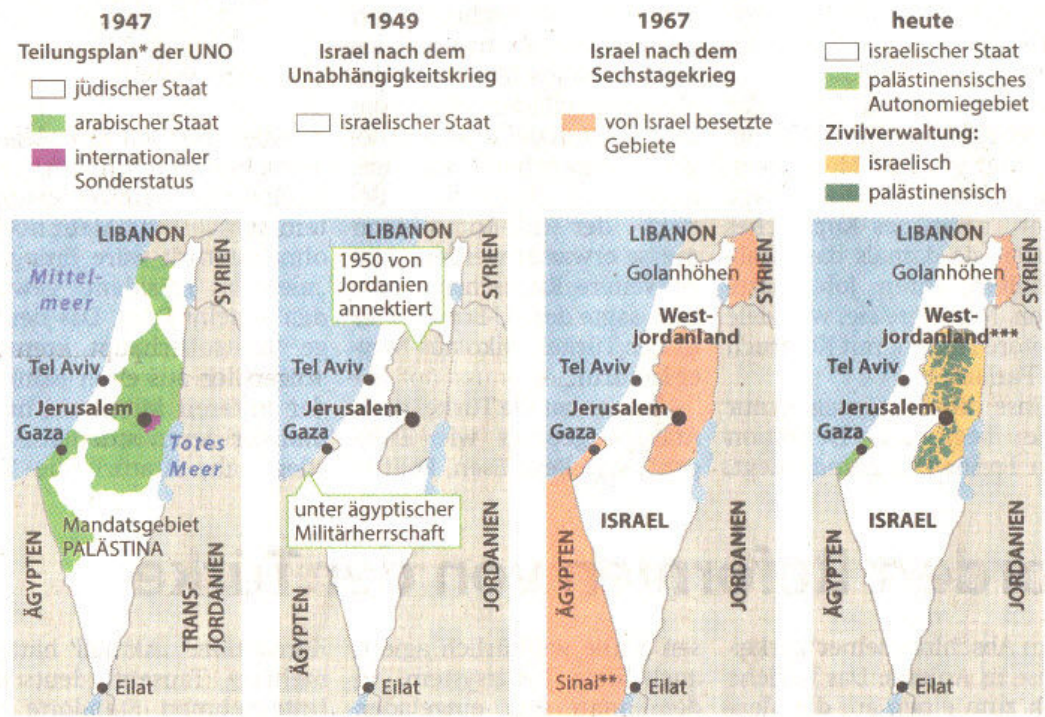
Während des Krieges hatten die Briten allerdings auch den Arabern Versprechungen gemacht, um sie zu einem Aufstand gegen das Osmanische Reich – einen Verbündeten der Deutschen – zu ermu-

tinensern bis heute vorgehalten. Busse gibt zu bedenken:

■ Kriege und Vertreibung

In eben diese Gebiete und in andere arabische Staaten Am Tag nach der Gründung

Israel und die palästinensischen Gebiete



1947 Teilungsplan* der UNO
 1949 Israel nach dem Unabhängigkeitskrieg
 1967 Israel nach dem Sechstagekrieg
 heute
 *von arabischer Seite abgelehnt
 Jerusalem geteilt
 **Rückgabe der Halbinsel 1978 vereinbart
 ***Stand Mai 2023
 Quelle: UN, OCHA, Israelisches Außenministerium

Das erklärte Ziel der Nachbarn Ägypten, Syrien und Jordanien blieb auch danach die Vernichtung Israels. Doch im Sechs-Tage-Krieg von 1967 erlangte die kleine Republik einen weiteren spektakulären Sieg und eroberte nun auch das Westjordanland, den Gazastreifen und ganz Jerusalem. Damit kamen die Gebiete, in denen ein Großteil der palästinensischen Flüchtlinge lebte, unter israelische Kontrolle. Von nun an ließen sich israelische Siedler in den Territorien nieder, die den Palästinensern geblieben waren. Palästinensische Gruppen versuchten, Israel mit Terroranschlägen wie dem Münchner Olympia-Attentat von 1972 unter Druck zu setzen.

■ Friedenshoffnung

Eine friedliche Lösung rückte erst in dem Moment in den Bereich des Möglichen, in dem die arabisch-palästinensische Seite das Existenzrecht Israels anerkannte. Als sich

onsvertrags der derzeitigen Regierung lautet, dass nur Israel ein legitimes Recht auf das Westjordanland hat. Das heißt, es werden keine nationalen Rechte mehr für die Palästinenser vorgesehen.“

Busse plädiert deshalb dafür, sich nicht auf die Zwei-Staaten-Lösung zu fixieren, sondern auch über Alternativmodelle zu diskutieren. „Vielleicht ein binationaler Staat mit gleichen Rechten für alle. Oder ein Konföderationsmodell. Das erscheint im Moment natürlich auch unrealistisch. Aber ich glaube, es wäre sinnvoll, das stärker in die Debatte einzuführen.“

Schon Einstein hatte seinerzeit die Hoffnung gehegt, dass der junge israelische Staat völlig neue politische Wege gehen würde: „Man kann ein Problem nicht mit den gleichen Denkstrukturen lösen, die zu seiner Entstehung beigetragen haben“, sagte er. Aber da sprach eben ganz der rationale Wissenschaftler.

Nahost-Konflikt lässt Preise steigen

Welche Auswirkungen der Krieg in Israel auf den Öl- und Gashandel hat

VON MATTHIAS SCHNEIDER

München – Der Nahe Osten steht für einen großen Teil der weltweiten Öl- und Gasexporte. Dementsprechend groß war der Schock an den Märkten, als die Hamas-Extremisten Israel überfielen. Obwohl eine größere Eskalation unter Ökonomen als unwahrscheinlich gilt, bleibt der Iran als Risikofaktor.

■ Öl

Der Schock am Ölmarkt fiel überraschend milde aus. Die Preise für die Ölsorte Brent waren bereits Ende Juli dauerhaft über die 80-Dollar-Marke pro Fass geklettert. Grund waren die immer strengeren freiwilligen Förderkürzungen der Opec+-Länder, die über Monate gegen eine maue Nachfrage ankämpf-

zwischen Jerusalem und Teheran sei unwahrscheinlich, weil beide Parteien interne Konflikte ausfechten müssen. Unicredit-Analyst Edoardo Campanella gibt aber zu bedenken, dass das iranische Regime täglich 700 000 Barrel Öl ausführt – trotz bestehender Sanktionen. Diese könnten verschärft werden, um Druck aufzubauen. In diesem Falle sei es wahrscheinlich, dass etwa das sunnitische Saudi-Arabien, Erzfeind des Irans, stattdessen mehr Öl fördert, was den Barrelpreis unter 100 Dollar halten könnte. Aber, so Campanella: Im Falle von Sanktionen wird es wahrscheinlicher, dass der Iran versucht, auch über Stellvertreter, saudische Ölförderstätten zu attackieren, wie es 2019 geschehen ist. „Alternativ könnte der Iran

kein Problem.“ Doch im Gegensatz zum Öl gebe es beim Flüssiggas wenig Spiel: „Der LNG-Markt ist sehr eng. Die Sorge am Markt ist, dass der Konflikt sich im Nahen Osten ausweitet, ähnlich wie wir es während der Ölkrise vor 50 Jahren gesehen haben.“ Denn im persischen Golf wird nicht nur Öl umgeschlagen: „Katar war bis 2022 der weltgrößte Flüssiggasexporteur“, so Nguyen. Im Falle eines größeren Konflikts am persischen Golf sind laut Unicredit auch 100 Euro pro Megawattstunde und mehr möglich.

Doch bislang gilt ein Flächenbrand als unwahrscheinlich. Die Commerzbank erwartet deshalb für den Rest des Jahres einen Gaspreis von 50 Euro, die Unicredit Schwankungen zwischen 35 und 50 Euro.

100 Prozent (Gas) und über 30 Prozent (Strom) mehr als heute. Der Grund für die Verzerrung: Die Statistiker werten sowohl Neukunden- als auch Bestandsverträge aus. Das ist natürlich richtig, weil es die Lebensrealität darstellt, taugt aber nicht als Maßstab für den Vertragswechsel.

Nach Daten des Vergleichsportals Check24 lassen sich Gastarife heute für rund 9

Cent/kWh brutto abschließen (inklusive Grundgebühr), beim Strom sind es rund 30 Cent.

Im Fall einer Eskalation im Nahen Osten dürften die Neukundenpreise aber einen deutlichen Sprung hinlegen. Wer auf Nummer sicher gehen will, kann sich bei Strom und Gas mit langfristigen Tarifen und Preisbindung über mehrere Monate absichern.

VERKAUFSOFFENER SONNTAG ZUM FREIMARKT
DORT, WO DAS HERZ DER STADT SCHLÄGT.
BREMEN-CITY.DE

SONNTAGS

ten. Am 7. Oktober, als die Hamas-Terroristen Israel überfielen, stieg der Ölpreis um sieben Prozent, nicht einmal über sein Jahreshoch von 94 Dollar Ende September. Aktuell sind es knapp 90 Dollar.

■ Erwartung

Edoardo Campanella, Analyst bei der Unicredit-Bank in Mailand, rechnet nicht mit einer weiteren Eskalation: „Für unser Basisszenario nehmen wir an, dass es bei einem lokalen Konflikt bleibt, ohne die Beteiligung anderer regionaler Akteure“, so der Analyst in einem aktuellen Papier. Selbst wenn im Norden zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah eine zweite Front entstehen sollte, dürfte der Brent-Preis für den Rest des Jahres unter 100 Dollar das Fass bleiben, denn Israel fördert kein Öl. Auch Thu Lan Nguyen, Chef-Rohstoff-Analystin bei der Commerzbank, erwartet grundsätzlich keine weitere Eskalation: „Unsere Jahresendprognose für dieses und nächstes Jahr bei Brentöl liegt bei 90 Dollar je Barrel“, so Nguyen gegenüber unserer Zeitung.

■ Risiken

Die große Unbekannte ist der schiitische Iran, der als Unterstützer der Hamas gilt. Doch eine offene Konfrontation

der Straße von Hormus destabilisieren“. Über dieses Nadelöhr, das den Persischen Golf mit dem Arabischen Meer verbindet, werden laut dem Unicredit-Experten gut ein Fünftel der weltweiten Ölförderung transportiert. Sollte es also zu einem regionalen Konflikt kommen, der Ölförderung und Transporte beeinträchtigt, seien auch 150 Dollar und mehr pro Barrel möglich.

■ Gas

Der Gasmarkt reagierte weit empfindlicher. Kostete eine Megawattstunde am europäischen TTF-Markt am 5. Oktober noch gut 36 Euro, waren es eine Woche später fast 54. Dabei sind die Lieferungen nach Europa kaum beeinträchtigt: „Israel hat zwar seine Förderung im Mittelmeer gedrosselt, das fällt aber nicht wirklich ins Gewicht“, erklärt Commerzbank-Analystin Thu Lan Nguyen. „Israel beliefert vor allem Ägypten, und Ägypten lieferte im vergangenen Jahr rund fünf Prozent des europäischen Flüssiggasbedarfs.“

■ Erwartungen

Weil Flüssiggas – kurz LNG – global gehandelt wird, komme es jetzt stark auf Fernost an, so Nguyen: „Wenn Lieferungen aus Ägypten wegfallen, aber die Nachfrage in Asien schwach bleibt, ist das

■ Risiken

Im Gegensatz zum kurzfristigen Markt sind Gas-Termingeschäfte für das Jahr 2024 mit aktuell rund 52 Euro kaum teurer, als noch im Sommer. Thu Lan Nguyen erklärt: „Momentan liegt der europäische Gaskonsum deutlich unter dem Niveau von 2021, außerdem sind die Speicher außergewöhnlich gut gefüllt.“ Kurzfristig sehe es nach einer sehr komfortablen Situation aus, was die niedrigeren Preise erklärt. „Kommendes Jahr wird sich das wahrscheinlich ändern, weil sich die Industrieanfrage in Europa erholen dürfte“, so die Analystin. „Gleichzeitig ist das LNG-Angebot begrenzt, erst ab 2025/26 sollen deutlich mehr Exportkapazitäten verfügbar sein.“ Das bedeutet: Erdgas dürfte kommendes Jahr teurer sein als 2023. Die Commerzbank erwartet für 2024 einen Durchschnittspreis von 60 Euro.

■ Tipp für Verbraucher

Erst in dieser Woche vermeldete das Statistische Bundesamt, dass Strom diesen September deutlich teurer war, als vor einem Jahr und Gas nur unwesentlich günstiger. Verbraucher sollten sich davon nicht täuschen lassen: Günstige Neukundentarife kosteten vor einem Jahr über

SONNTAGS SHOPPING

29.10.2023 13–18 UHR

CITY UND VIERTEL ^{1/4}



 BREMEN ERLEBEN!

-  BSAG
-  MÜLLER & BREMERMANN
-  P
-  BLB/Immobilien
-  P&C
-  SATURN
-  Zur Böttcherstraße
-  WEMPE
-  AM WALL BREMEN
-  BALGEQUARTIER
-  WACHE 6
-  frenz
-  Rising

Mit freundlicher Unterstützung der WFB Wirtschaftsförderung